

# Der Nordkaukasus fordert die russische Zentralmacht heraus

*Bürgerproteste, Mordanschläge und Polizeioperationen gegen «Extremisten»*

Von unserem Russland-Korrespondenten Markus Akeret

Strassenproteste gegen die Einsetzung eines neuen Steuerkommissärs in Dagestan werfen ein Schlaglicht auf die Probleme der Staatlichkeit im russischen Nordkaukasus. Extremistische Gruppierungen verunsichern die Region. Hinzu kommen Grenzkonflikte.

## **Moskau, Mitte Februar**

Die Ernennung von Steuerkommissären ist eine delikate Angelegenheit. Für die Teilrepublik Dagestan im Nordkaukasus, Russlands südlichste Provinz, scheint dies ganz besonders zu gelten. Auf Anfang Februar hatte die föderale Steuerbehörde, offiziell in Absprache mit der Regierung Dagestans, Wladimir Radschenko mit der Leitung der regionalen Steuerverwaltung beauftragt. Als Radschenko am 3. Februar, begleitet von seinem für die Grossregion zuständigen Vorgesetzten, zum Dienstantritt in der Hauptstadt Machatschkala erscheinen wollte, wurde das Auto bereits an der Grenze zu Dagestan von örtlichen Sicherheitskräften aufgehalten. Das Gebäude der Steuerverwaltung sei wegen einer Bombendrohung geschlossen, beschieden diese, und für die Sicherheit könne nicht garantiert werden. Also kehrten Radschenko und sein Chef wieder um.

## **Ethnisch bedingter Postenschacher**

Die Bombendrohung diente nur als Vorwand, um die beiden Funktionäre von Machatschkala fernzuhalten. Dort blockierten aufgebrachte Demonstranten das Stadtzentrum und das Gebäude der Steuerbehörde aus Protest gegen die Ernennung. Als Begründung hiess es, dieser Posten stehe einem Vertreter des Volks der Lesgier zu. Ein fremder Steuervogt werde nicht akzeptiert. In Dagestan leben mehrere Dutzend Nationalitäten. Die Lesgier aus dem Süden der Region zählen zu den vier grössten und einflussreichsten. Ein ethnisch grundierter, in Clanstrukturen und mit Korruption funktionierender Postenschacher wahrt den Interessenausgleich zwischen den Völkern.

Zwei weitere Versuche Radschenkos, seine Arbeit aufzunehmen, scheiterten. Am Freitag vor einer Woche wurde er von Bewaffneten aus seinem Büro entführt und bald darauf wieder freigelassen. Am Montag musste er trotz Begleitung durch Leibwächter unverrichteter Dinge abziehen, weil ihn die Menge nicht zum Gebäude der Steuerverwaltung durchlassen wollte. Seit sich der dagestanische Republikpräsident Muchu Alijew am Dienstag mit Präsident Medwedew im Kreml getroffen hat, heisst es, Radschenkos Ernennung sei vom Tisch und einer der lesgischen Wunschkandidaten werde das Amt übernehmen.

Alijew, ein Aware, steht unter Druck – er ist auf den ethnischen Frieden in der Republik dringend angewiesen und war immer schon eher eine schwache Figur. Die Hintergründe sind dennoch unklar. Einige Beobachter vermuten den schweizerischen Unternehmer und Politiker Suleiman Kerimow, ein Lesgier und der grösste Steuerzahler Dagestans, hinter Radschenko. Auch ein



Sicherheitskräfte sichten am vergangenen 12. Februar in der inguschetischen Stadt Nazran die Explosionstrümmer nach Zusammenstössen zwischen der Polizei und Aufständischen. Dabei starben 4 Polizisten und 3 Aufständische. AP

Sohn Alijews ist mit im Spiel – er ist stellvertretender Chef der Steuerbehörde. Weitere mächtige Politiker werden mit der einen oder andern Seite in Verbindung gebracht: In einem Jahr läuft Alijews Amtszeit aus. Ob ihn Medwedew für eine weitere Periode einsetzen wird, ist noch offen.

## **Prestigefrage für den Kreml**

Was als Provinzposse klingt, legt eklatante Schwächen der russischen Staatlichkeit im Nordkaukasus offen. Entweder verpasste es Moskau, die Ernennung Radschenkos sorgfältig abzuklären. Oder es verfügt weder direkt noch indirekt – via den Statthalter Alijew – über die Macht, Entscheidungen durchzusetzen, unabhängig von deren Popularität. In beiden Fällen leidet das Prestige der Zentralmacht. Die Vermutung, es gehe nicht nur um die gerechte ethnische Verteilung hoher Ämter, sondern um damit zusammenhängende Pfründen, liegt nicht fern. In Dagestan war es bisher üblich, dass derartige Funktionen nach der Höhe des Einsatzes vergeben wurden. Professionalität spielte eine untergeordnete Rolle.

Dass sich Rücksichtnahme auf die lokale Befindlichkeit und gesunde Distanz zum nordkauka-

sischen Polit-Klüngel durchaus verbinden lassen, zeigten die Ernennung des Karatschaiers Boris Ebsejew, eines Richters auf Bundesebene, zum Präsidenten Karatschai-Tscherkessiens im Sommer und jene Junus-Bek Jewkurows, eines Fallschirmspringer-Offiziers, zum Präsidenten Inguschetiens. Beide hatten ihre Karriere fern der Heimatrepublik gemacht.

## **Inguschetische Kehrtwende**

Unter Jewkurows Vorgänger Sjasikow hatten sich die Fronten in dem kleinen und ökonomisch darniederliegenden Inguschetien so sehr verhärtet, dass der zwischen Tschetschenien und Nordossetien eingeklemmte Landstrich im Strudel der Gewalt zu versinken drohte. Die Entsendung föderaler Sicherheitsorgane hatte die sonst nicht separatistisch gesinnten Inguschen gegen die Staatsmacht aufgebracht. Jewkurow gelang es binnen kurzer Zeit, andere Töne anzuschlagen. Statt die politische Opposition zu verfolgen, traf er sich mit deren Exponenten und nahm sogar zwei von ihnen in sein Kabinett auf. Der Vetterwirtschaft, die wegen des engen familiären Zusammenhalts im Kaukasus einen Nährboden findet, sagte er den Kampf an. Auch das Tabuthema der Flücht-

linge aus dem Territorialkonflikt mit Nordossetien hat Jewkurow auf die Tagesordnung gesetzt.

Die positiven Signale sind mehr als nur Symbolik. Ein Überraschungsbesuch Medwedews Ende Januar in der Hauptstadt Magas sollte die Aufmerksamkeit des Zentrums unterstreichen; der Kreml versprach 29 Milliarden Rubel (knapp 1 Milliarde Franken) zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage, die unter anderem für die Zunahme des religiösen Extremismus verantwortlich gemacht wird. Noch sind die konkreten Erfolge in dieser Hinsicht bescheiden. Nach wie vor vergeht kaum ein Tag ohne Meldungen über Sonderoperationen der Sicherheitskräfte gegen mutmassliche Terroristen. Aber auch Hinterhalte und Anschläge vor allem auf lokale Politiker und Polizisten reissen nicht ab. Die Zivilbevölkerung lebt zwischen diesen Fronten. Es zeugt von der Hilflosigkeit der Staatsmacht und ihrer Sicherheitsorgane, wenn diese amerikanische Wählerarbeit hinter der Instabilität vermuten.

## **Kampf gegen Extremisten**

Dagestan ist von den extremistischen Umtrieben ebenfalls betroffen. Regelmässig kommt es zu spektakulären Mordanschlägen. Die Sondereinheiten des Innenministeriums vermelden

zwar Erfolge im Kampf gegen den religiösen Fundamentalismus. Die Art und Weise, wie dieser Kampf geführt wird, ruft aber die Kritik von Menschenrechtsorganisationen auf den Plan. Oft dienen nach deren Berichten äusserliche Merkmale wie ein langer Bart oder ein Schleier dazu, eine Person wegen des Verdachts auf Terrorismus festzunehmen. Polizeigewalt und das spurlose Verschwinden Unschuldiger führen den religiösen Extremisten erst recht neue Kämpfer zu.

Ein Selbstmordanschlag an einer Bushaltestelle und mehrere aufsehenerregende Morde erschütterten seit Herbst auch das christliche Nordossetien. Dazu kommt, dass Russlands militärisches Engagement in Georgien und die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens im Nordkaukasus mit Argwohn verfolgt wurden. Der formell nicht zu Russland gehörende, aber informell wie eine Teilrepublik behandelte Kleinststaat geniesst eine Aufmerksamkeit und Mittelzuwendung, von der die ökonomischen Schlusslichter Dagestan oder Inguschetien nur träumen können. Und sie fürchten, dass dereinst ein Gross-Ossetien im Schoss der Russischen Föderation entstehen könnte, das die Region dominieren würde.